

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Weitere Gefängnis-Planung endlich entscheiden!

1. Immer noch verfolgt der Senat das Ziel, den Jugendvollzug von Bremen nach Hameln zu verlegen. Die Verhandlungen mit Niedersachsen über die Frage wollte der Senat ursprünglich bis Ende letzten Jahres abschließen. Nunmehr ist mit einem Ergebnis der Verhandlungen nicht vor dem 2. Quartal 2005 zu rechnen.

Unabhängig davon, ob Niedersachsen und Bremen sich einigen, ist die Verlegung des Jugendvollzugs nach Hameln ein abwegiges Projekt: Die Wiedereingliederung von Haftentlassenen wird erheblich erschwert, ebenso wie die Arbeit der Gerichte, Behörden, Anwälte und der freien Träger. Arbeitsplätze in Bremen sollen abgebaut werden, während in Niedersachsen mit Bremer Steuergeld neue entstehen. Es liegt seit über einem Jahr ein realisierbares Alternativkonzept vor, das zahlreiche Vorzüge gegenüber der Verlegung hat.

2. Immer noch ist die Grundlage der weiteren Standortplanung die Entscheidung des Senats, einen Neubau im Blockland errichten zu wollen. Seit dem Roland-Berger-Gutachten 2001 herrscht Unsicherheit, was weiter passiert. Im Laufe des Jahres 2004 wollte der Senat zu einer Entscheidung kommen.

Basis aller Überlegungen ist, dass durch Spezialisierung innerhalb der norddeutschen Vollzugsgemeinschaft Geld gespart werden soll. Weder ist klar, dass das tatsächlich günstiger wäre, noch ist zum Beispiel im „Einheitlichen Niedersächsischen Vollzugskonzept“ die Rede davon.

Die Neubau-Frage blockiert die weitere Entwicklung des derzeit bestehenden Strafvollzugs und verzögert wichtige Entscheidungen. In den Standort Oslebshausen muss dringend investiert werden, wofür eine realistische Planung immer noch nicht existiert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. unverzüglich zu entscheiden, dass der Jugendvollzug dauerhaft in Bremen verbleibt und rechtlich, personell und organisatorisch vom Erwachsenenvollzug getrennt wird,
2. unverzüglich eine Sanierungsplanung unter Prioritätsgesichtspunkten für den Standort Oslebshausen vorzulegen, einschließlich notwendiger Baumaßnahmen für den Jugendvollzug.

Jan Köhler, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen